

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 2. November 2009, 19.00 Uhr – 20.20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	Mitglieder des Gemeinderats und Stadtrats, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Lucia Eigensatz, Ratssekretärin, Andrea Eberhöfer, Ratssekretärin-Stellvertreterin sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Ivo Peyer, BFPW, ab 19.30 Uhr anwesend für Traktandum 1, 2 und 4 (berufliche Verpflichtung); Rahel Sonderegger, EVP, (Krankheit); Christina Zurfluh Fraefel, SVP, (berufliche Verpflichtung); Thomas Bürge, FDP, (berufliche Verpflichtung); Ernst Stocker, Stadtpräsident (RR-Wahlen)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme vom 28. September 2009
3. Weisung 24 vom 23. März 2009 betreffend Beitrag an den Bau der Holzmoosrütistrasse
4. Motion von Ivo Peyer, BFPW, vom 28. September 2009 betreffend Überarbeitung und Änderung der aktuellen Kernzonen sowie der allenfalls nötigen Anpassung der Bau- und Zonenordnung; Begründung
5. Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Januar 2008 betreffend Vergleich der Sozialhilfe mit anderen Städten; Beantwortung
6. Postulat von Thomas Largiadèr, SP-Gemeinderat, vom 1. Oktober 2009 betreffend Schaffung einer Umweltschutzabteilung; Begründung
7. Interpellation von Denise Engel, SP-Gemeinderätin, vom 14. Oktober 2009 betreffend Abfallentsorgung; Beantwortung
8. Interpellation von Heinz Wiher, GP-Gemeinderat, vom 10. Juli 2009 betreffend Verkauf Grundstück im Steinacher; Begründung
9. Interpellation von Thomas Largiadèr, SP-Gemeinderat, vom 21. September 2009 betreffend Umsetzung der Sozialziele gemäss Bundes- und Kantonsverfassung; Begründung

10. Einbürgerungen:

- BUJUPI Selvije, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Seestrasse 183
- BYTYQI Ilir, kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Zugerstrasse 123
- CUI Dejian mit seiner Tochter Youyou, beide chinesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Eintrachtstrasse 18
- PARAMESWARAN geb. Sivagnanam, Tharsiny, sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Im Maiacher 5

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann stellt fest, dass die Traktandenliste dieses Mal auch im Tages-Anzeiger publiziert worden sei, jedoch leider unvollständig.

Auf Anfrage ob die vorliegende Traktandenliste genehmigt werde, meldet sich Ivo Peyer zu Wort.

Ivo Peyer, BFBW, teilt mit, dass er wegen einer weiteren Sitzung den Ordnungsantrag stelle, die Motion des BFPW vor der Weisung 24 zu behandeln.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Ivo Peyer, die Motion des BFPW vor der Weisung 24 zu behandeln, ohne Gegenstimme zu.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann teilt mit, dass der Stadtrat mit Beschluss vom 12. Oktober 2009 die neue Gemeindeordnung auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt habe.

Auf dem Pult liege die Einladung für den diesjährigen Ratsanlass. Er freue sich, wenn er an diesem Anlass möglichst alle begrüssen dürfe. Er bitte die Ratsmitglieder sich, spätestens eine Woche vor dem Termin bei ihm anzumelden.

Er bitte die Büromitglieder sich nach dieser Sitzung bei ihm zu treffen, damit man kurz für drei Weisungen des Stadtrats die Überweisungen an die vorberatenden Kommissionen besprechen könne.

Ebenso bitte der Präsident der Sachkommission die Sachkommissionsmitglieder sich nach der Sitzung bei ihm zu treffen.

1.1 Eingänge

- Weisung 32 betreffend Festsetzung Privater Gestaltungsplan Sträuli
- Weisung 33 betreffend Baukredit für die Erneuerung des Kranken- und Altersheims Frohmatt
- Weisung 34 betreffend Bau/Betrieb Wärmeverbund Untermosten-Frohmatt mit Holzschnitzelheizung
- Einladung betreffend Umgestaltung Zugerstrasse (Dienstag, 17. November 2009)
- Liste der Politischen Parteien
- Einladung zur GR-Sitzung vom 2. November 2009
- Bürgerrechtsgeschäfte zur Sitzung vom 2. November 2009
- Protokoll der GR-Sitzung vom 28. September 2009
- Bericht und Antrag zur Weisung 24 betreffend Beitrag an den Bau der Holzmoosrüti-strasse
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Peter Schuppli, FDP-Gemeinderat, vom 24. August 2009 betreffend Sanierungsarbeiten an der Etzelstrasse und anderswo
- Beantwortung der Interpellation von Denise Engel, SP-Gemeinderätin, vom 14. Mai 2009 betreffend Abfallentsorgung
- Voranschlag 2010
- Presstext zum Voranschlag 2010
- Kommentar zum Voranschlag 2010
- Detailbegründungen zum Voranschlag 2010
- NMP Rahmenbedingungen
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Januar 2008 betreffend Vergleich der Sozialhilfe mit anderen Städten
- Anmeldung zum Gemeindeforum 2009
- Postulat von Thomas Largiadèr, SP-Gemeinderat, vom 1. Oktober 2009 betreffend Schaffung einer Umweltaeilung (E-Mail)
- Motion von Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderat, vom 28. September 2009 betreffend Prüfung, Überarbeitung und Änderung der aktuellen Kernzonen sowie der allenfalls nötigen Anpassung der Bau- und Zonenordnung (E-Mail)
- BZO (verteilt GR-Sitzung)

- Überweisung

Das Büro hat die Weisung 31 vom 5. Oktober 2009 betreffend Revision der Verordnung über Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (SEGebV); Revision der Tarifordnung Wasserversorgung zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. September 2009 wird genehmigt.

04.05.00 / 04.05.10

4. Motion von Ivo Peyer, BFPW-Gemeinderat, vom 28. September 2009 betreffend Überarbeitung und Änderung der aktuellen Kernzonen sowie allenfalls nötigen Anpassung der Bau- und Zonenordnung; Begründung

Ivo Peyer, BFPW, erklärt, dass dem Bürgerlichen Forum positives Wädenswil und ihm selbst, die ganze Kernzonenplanung des Stadtrats mit seiner, sage man es mal so, "Salami-taktik" ein Dorn im Auge sei. Nach der Abstimmung vom 27. September 2009 sei klar, dass auch die Bevölkerung von Wädenswil kein Flickwerk in der Kernzonenplanung wolle oder anders gesagt, keine weitere Kernzone gutheisse.

Das Forum sei von Anfang an die einzige politische Gruppierung gewesen, welche geschlossen gegen diese Kernzone "O" gestimmt habe und diese Weisung dem Stadtrat habe zurückweisen wollen, was der Gemeinderat leider abgelehnt habe.

Sie können nicht verstehen, warum es in Wädenswil 5 Kernzonen auf so engem Raum gebe. Ob unter Umständen nicht auch 3 Zonen genügen würden? Es brauche aber sicher nicht jede einzelne Strasse mit seinem Umgelände im Zentrum ihre eigene Kernzone, ansonsten erhalte man noch mehr Kernzonen als die Stadt Zürich. Oder man solle sich einmal folgende Fragen stellen: Wieso sollen in einer Kernzone Dachgiebel erlaubt sein, in der anderen nicht? So wäre es mit der neuen Kernzone "O" gekommen. Wieso dürfe man in einer Kernzone 3 Stockwerke bauen, in den anderen weniger oder mehr? Wieso soll in einer Kernzone eine andere Gebäudehöhe gelten als in den anderen? Wieso soll in einer Kernzone eine andere Ausnützung erlaubt sein, als in einer anderen?

Diese Fragen könnte man ohne Probleme noch erweitern, mit teils sinnvollen, mit teils doch unsinnigen Einschränkungen. Aus seiner Sicht sollte es möglich sein, in Wädenswil mit maximal 3 Kernplanzonen zu arbeiten und es müsse nicht jedes Detail geregelt werden. Den Eigentümern, Planern und Architekten soll doch etwas Freiheit belassen werden, sich zu entfalten um neue Ideen rein zu bringen. Der Gemeinderat müsse nur den Rahmen vorgeben und die Leute die Ideen. Wenn man alles vorschreibe, werde unser Zentrum langweilig und öde, da irgendeinmal alles genau gleich aussehen werde.

Er bzw. das ganze Forum wolle dem Stadtrat die Möglichkeit geben, die gesamte Kernzone zu überarbeiten und auf den aktuellen und neusten Stand zu bringen. Wo nötig soll auch die Bau- und Zonenordnung angepasst werden. Dem Forum gehe es nicht um Strassenschluchten, Profitmaximierung, sondern darum, dass die Kernzone von Wädenswil klar und einheitlich, aber nicht übermässig geregelt daher komme.

Sie erwarten, dass mit dieser einheitlichen Regelung unser Stadt-Zentrum attraktiver und schöner werde und die Leute auch zum Flanieren anrege. Der Stadtrat erhalte aus ihrer Sicht mit dieser Motion auch die Möglichkeit, diese Punkte einfliessen zu lassen.

Die Motion betreffend Überarbeitung und Änderung der aktuellen Kernzonen sowie allenfalls nötigen Anpassung der Bau- und Zonenordnung geht gemäss Art. 35.3 des Geschäftsreglements zur Erklärung über Entgegennahme an den Stadtrat.

33.03

3. Weisung 24 vom 23. März 2009 betreffend Beitrag an den Bau der Holzmoosrütistrasse

Eintretensdebatte:

Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission Martin Lampert, SVP, führt aus, dass man an der Zeitdauer erkenne, dass sie sich mit dieser Weisung ausführlich und intensiv auseinandergesetzt hätten, bis sie an einer Gemeinderatssitzung behandelt werden könne. Es sei ihnen nicht ganz leicht gefallen zu einer Lösung zu gelangen, aber nun liege eine vor.

Er gehe davon aus, dass die inhaltlichen Aspekte der Weisung bestens bekannt seien und die Komplexität der Angelegenheit verstanden worden sei. Es stehe alles in der Weisung, in ihrem Bericht und auch beide Lokalzeitungen hätten ausführliche Berichte darüber geschrieben. Daher werde er nur noch die Hauptaspekte beleuchten.

Wie üblich, wenn ein Projekt teurer als Fr. 2. Mio. sei, müsse das Volk an der Urne über das Projekt entscheiden, so wäre das auch mit dem Bau dieses Strassenstücks, um das es heute gehe, geschehen. Im Jahr 1981 habe aus diesem Grund das Volk über die Sammelstrasse in der Holzmoosrüti abgestimmt und alle kennen das Ergebnis: Das Volk habe dann zumal den Bau der Strasse abgelehnt. Der Hauptgrund sei gewesen, dass das Gebiet in der Holzmoosrüti über den oberen Ausgang schon erschlossen und die Verlängerung der Holzmoosrütistrasse demnach nicht zwingend nötig gewesen sei.

Im Jahre 2003 habe die Pensionskasse Energie (PKE) eine Überbauung in diesem Gebiet geplant, die genau den Bau dieser Strasse unbedingt erforderlich gemacht habe. Da die PKE bereits das Land gekauft habe, habe sie den Bau der Strasse und damit auch die Überbauung möglichst schnell realisieren wollen.

Da habe dann der Stadtrat eine Lösung gefunden, die sich im Nachhinein als win-win-Situation entpuppen könnte, oder um es mit dem Lieblingszitat von Peter Schuppli zu sagen: "Es war praktisch die Quadratur des Zirkels", sofern man auf die Weisung Eintrete und Anträge ablehne.

Der Stadtrat habe dank einem Vertrag mit der PKE festgelegt, dass sie die Strasse selber bauen und finanzieren und anschliessend die Nettofinanzierung dem Gremium vorgelegt werde, welches gemäss Höhe des Nettobetrages zuständig sei, mit anderen Worten dem Gemeinderat, da der Nettobetrag Fr. 1 Mio. betrage.

Die PKE habe dadurch die Strasse und damit auch ihre Überbauung sehr schnell realisieren können und damit erheblich Geld eingespart. Die genaue Zahl zu ermitteln sei einigermassen schwierig, es sei aber garantiert mehr als Fr. 1 Million. Er versuche dies doch überschlagsmässig schnell zu rechnen. Mit der Verzinsung von Fr. 23 Millionen, dem Kaufpreis des Baulandes, wären bei einer Verzögerung des Baus allein schon Fr. 700'000.– Zins-

kosten angefallen. Das bei einer Annahme von rund 1 bis 1.5 Jahre Dauer von der Ausarbeitung der Weisung bis zur Volksabstimmung.

Durch die Bauteuerung, welche in der damaligen Zeit 1 bis 2 % betragen habe, wären nochmals Kosten von mindestens Fr. 500'000.– entstanden. Zusammen ergeben sich so bereits Fr. 1.2 Mio. Einsparungen und das sei eher konservativ gerechnet. Dazu komme noch, dass die PKE die Wohnungen früher habe vermieten können, was nochmals erhebliche Kosteneinsparungen mit sich gebracht habe.

Wenn man also dieses Geschäft im Nachhinein betrachte, so sehe man, dass die PKE sehr gut beraten gewesen sei, den Bau möglichst schnell zu realisieren und auf den vom Stadtrat vorgelegten Vorschlag einzugehen.

Die GRPK sei überzeugt davon, dass die PKE bei der Unterzeichnung des Vertrages das Risiko einkalkuliert habe und sich diesem Risiko auch voll bewusst gewesen sei, dass sie allenfalls die Fr. 1 Mio. nicht erhalten würden. Mittlerweile habe sich die Überbauung auch zu einem sehr guten Renditeobjekt für die PKE entwickelt. Vermutlich sei die Rendite sogar deutlich besser gewesen, als diejenige an den Börsen im letzten Jahr. Selbstverständlich habe man durch den Bau auch einige gute Steuerzahler gewinnen können, was man nicht vergessen dürfe.

Einzelne Mitglieder der GRPK tun sich vor allem damit schwer, dass der Stadtrat das ganze Geschäft eingefädelt habe und der Gemeinderat jetzt den Entscheid über die Million fällen müsse. Es sei sogar das Wort Instrumentalisierung des Gemeinderates gefallen. Er könne das emotional zwar nachvollziehen aber rational überhaupt nicht. Eine Instrumentalisierung finde dann statt, wenn ein Gremium die Interessen für einen Dritten wahrnehmen müsse und selber keinen Profit davon habe. In diesem Fall liege die Sachlage aber anders. Sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat nehmen die Interessen der Stadt und ihren Bürgern wahr. Sie seien gewählte Volksvertreter und hätten ihre Verantwortung in ihren Bereichen wahrzunehmen. Der Stadtrat bis zu einer Summe von Fr. 200'000.– (neu Fr. 300'000.–) und der Gemeinderat bis zu einer Summe von Fr. 2 Millionen. Mit den Kosten von einer Million sei es jetzt mal die Aufgabe des Gemeinderates, diesen Entscheid zu fällen und er appelliere an alle, die Verantwortung als Gemeinderat wahrzunehmen, schliesslich habe man sie ja auch dafür gewählt.

Wer beantrage, nicht auf die Weisung einzutreten und sie an den Stadtrat zurückzuweisen, der nehme seine politische Verantwortung als Gemeinderat – aus seiner Sicht – nicht wahr. Eine Weisung zurückzuweisen mache zudem nur dann Sinn, wenn der Stadtrat die Möglichkeit habe, eine neue abgeänderte Weisung zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Im Fall der Weisung 24 sei er jedoch vertraglich verpflichtet, genau die heute vorliegende Weisung dem Gemeinderat zu unterbreiten, also mache eine Rückweisung eigentlich gar keinen Sinn.

Eine unschöne Sache müsse doch noch erwähnt werden, nämlich die Tatsache, dass vor einem Jahr dieser Posten für die Weisung 24 nur mit Fr. 200'000.– und einem Stern versehen im Budget aufgetaucht sei, statt mit Fr. 1 Million. Dies habe für Verwirrung gesorgt und sei nicht ganz transparent gewesen. Die Beweggründe seien klar, das Problem sei

erkannt und mit den zuständigen Stellen besprochen und solle künftig nicht mehr vorkommen.

Er beantrage darum im Namen der Mehrheit der Mitglieder der GRPK und auch im Namen der gesamten SVP-Fraktion, auf die Weisung 24 einzutreten und anschliessend die Anträge der Weisung abzulehnen.

Roland Bollier, BFPW, erklärt, dass die Weisung 24 in der GRPK sowie auch in den Fraktionssitzungen des Bürgerlichen Forum positives Wädenswil viel zu reden gegeben habe.

Das Forum störe sich enorm daran und könne nicht verstehen, warum der Stadtrat im Budget 2007 und im Budget 2009 nur Fr. 200'000.– für den Beitrag am Ausbau der Holzmoosrütistrasse budgetiert habe, obwohl im Vertrag mit dem Investor PKE im Jahre 2004 ein Betrag von Fr. 1 Mio. festgelegt worden sei. Als Begründung für die falsche Budgetierung sei der Handlungsspielraum des Stadtrates genannt worden. Dies sei der zweite Punkt der bemängelt werden müsse. Dem Stadtrat sei seitens der GRPK vorgeschlagen worden, sich in Nachverhandlungen mit der PKE zu begeben, mit dem Ziel, sich mit der PKE gütlich zu einigen, sodass diese auf die vertragliche festgelegte finanzielle Forderung verzichten würde.

Der Stadtrat habe diese Empfehlung der GRPK nicht wahrgenommen. Die Chance sei verpasst worden, mit der PKE an einen Tisch zu sitzen und über den Beitrag der Stadt an die Holzmoosrütistrasse zu verhandeln. Dabei sei es genau dieser Handlungsspielraum gewesen, der als Begründung für die vorsätzlich zu tiefe Budgetierung angegeben worden sei. Dann solle man aber auch diese Verhandlungen führen.

Für ihn als GRPK-Mitglied sei es befremdend, wenn vorsätzlich falsch budgetiert werde und er sich fragen müsse, ob er in Zukunft jede einzelne Zahl im Budget hinterfragen solle, ob diese wirklich stimme. Laut Aussage der PKE im Tagesanzeiger vom Freitag könne man davon ausgehen, dass bei einer Ablehnung der Weisung durch den Gemeinderat die ganze Angelegenheit nicht erledigt sein werde, sondern durch die PKE rechtliche Schritte eingeleitet werden.

Er persönlich glaube nicht, dass die Strasse einfach mir nichts dir nichts an die Stadt übertragen werde, wie dies nach Aussage des Stadtrates erfolgen solle. Aus Sicht des Bürgerlichen Forums positives Wädenswil gehe man so nicht mit Investoren um, zumal man nach Aussage des Stadtrates damals ja froh gewesen sei um einen Investor, der ein solch grosses Projekt in Wädenswil realisieren wolle. Dieses unrühmliche Verhalten werfe ein ganz schlechtes Licht auf die Stadt Wädenswil, die ja gerne die dritte Stadt am Zürichsee wäre.

Es sei nicht korrekt, dass der Stadtrat den Gemeinderat über die Weisung abstimmen lasse, obwohl er nicht einmal Nachverhandlungen mit dem Investor geführt habe. So werde schlussendlich der Gemeinderat instrumentalisiert und als schwarzer Peter hingestellt. Der Gemeinderat habe heute Abend Gelegenheit den Stadtrat zu zwingen seine Hausaufgaben

zu erledigen und mit der PKE in Nachverhandlungen zu treten, ohne dass der Gemeinderat als schwarzer Peter da stehe.

Im Namen der GRPK-Minderheit und der einstimmigen BFPW-Fraktion empfehle er ein nicht Eintreten auf die Weisung 24.

Gian-Fadri Gattiker, FDP, führt aus, dass obwohl die FDP das entschlossene Vorgehen und die Initiative der Bauherrschaft bei diesem Vorgehen sehr begrüsse, sie gegen eine Entschädigung von Fr. 1 Mio. für die Verbindungsstrasse Speerstrasse-Holzmoosrüti-strasse sei.

Bereits 1981 habe das Stimmvolk diese Verbindungsstrasse abgelehnt. Die Bauherrschaft, die Pensionskasse Energie, habe mit ihrem Projekt vorwärts machen wollen und nicht nochmals eine Volksabstimmung abwarten wollen. Im Jahre 2003 habe sie das Grundstück erworben und auf eigenes Risiko schnell bebauen wollen. Sie habe so die Überbauung sicher 2 bis 3 Jahre früher realisieren können. Bei einem Bauvolumen von ca. 50 Mio. Franken, wovon ca. die Hälfte auf den Landkauf entfallen sei, habe das der Bauherrschaft Einsparungen bei den Kapitalkosten von mindestens Fr. 2 bis 3 Mio. gebracht. Zusätzlich sei man dadurch einer massiven Bauteuerung entgangen.

Wegen dieser Vorteile für die Bauherrschaft und von weiterer von unserer Stadt erbrachten oder noch zu erbringenden Leistungen im Bereich Unterhalt und Belagsarbeiten, könne man von einer win-win-Situation reden. Es sei sicher, dass beide Seiten eine gute Absicht gehabt und etwas Positives haben machen wollen. Sie haben ein Projekt rasch vorwärts bringen wollen, was heute ja aufgrund von willkürlicher Opposition immer schwieriger werde. Zeit sei bekanntlich auch Geld.

Nur: Der Stadtrat habe sich mit dieser Vereinbarung an der Grenze von der Kompetenzordnung von unserer politischen Gemeinde bewegt. Für den Gemeinderat sei die Situation über Jahre nicht transparent gewesen. Aber für beide Seiten, sowohl für die PKE und Wädenswil, ergebe sich heute einen positiven Saldo.

Die FDP würde es sehr begrüssen, wenn endlich Gespräche mit der Pensionskasse Energie aufgenommen würden und eine einvernehmliche Lösung gefunden werden könnte, um dieses Kapital abzuschliessen.

In diesem Sinn beantrage die FDP-Fraktion Eintreten und Ablehnung der Weisung 24.

Beat Wiederkehr, CVP, stellt fest, dass Roland Bollier verlange, diese Weisung an den Stadtrat zurückzuweisen, was für ihn unverständlich sei. Die GRPK habe sich an mehreren Sitzungen, teilweise unter Einbezug eines Stadtratvertreter, intensiv und sehr vertieft mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Die Weisung des Stadtrats und auch die Entscheidungsgrundlagen seien klar. Die Kommission sei daher nach eingehender Prüfung und Beratung in der Lage gewesen, dem Gemeinderat ihr Urteil zu erläutern und einen Antrag zu formulieren. Warum soll also diese Weisung zurückgewiesen werden? Dieses Vorgehen

bringe keinerlei neue Erkenntnisse und führe lediglich zu mehr Umtrieben und Verzögerungen. Heute Abend sei man sehr wohl in der Lage, einen Entscheid für oder gegen einen Finanzierungsbeitrag zu fällen. Er bitte daher den Gemeinderat diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Matthias Haab, EVP, bemerkt, dass die EVP-Fraktion ebenfalls der Meinung sei wie die Minderheit der GRPK, dass der Gemeinderat nicht auf die Weisung 24 eintreten solle. Stattdessen soll der Stadtrat beauftragt werden, zusammen mit der PKE einen annehmbaren Lösungsvorschlag zu erarbeiten, welcher dann wieder vom Parlament zu genehmigen sei.

Unbestritten sei ihrer Ansicht nach, dass die Stadt ihren Teil der Baukosten der Holzmoosrütistrasse übernehmen müsse. Die Frage sei jedoch wie viel. Der Vertrag zwischen der Stadt und der Pensionskasse Energie sei vor fast 6 Jahren abgeschlossen worden. Damals sei alles noch ein Projekt gewesen und darum wäre es auch nicht sinnvoll gewesen, schon die letzten Details betreffend die finanzielle Abgeltung festzulegen. Als Richtwert wurde darum Fr. 1. Mio. eingesetzt. Dies sei kein Versprechen, weil explizit erwähnt worden sei, vorbehältlich Genehmigung durch den Gemeinderat, dann sei es doch eine Absichtserklärung. Sie denken, dass es nun angebracht sei, wie in der Privatindustrie üblich, den Vertrag zu präzisieren, also Nachzuverhandeln und so eine befriedigende Lösung für beide Parteien zu finden. Was der Inhalt der Nachverhandlung sei, sei im Bericht der GRPK aufgelistet.

Mit einem Entscheid auf Nichteintreten gäbe der Gemeinderat der PKE klar zu verstehen, dass der Betrag von Fr. 1 Mio. im bestehenden Vertrag nicht Mehrheitsfähig sei. Der Gemeinderat zeige jedoch die Bereitschaft, erneute Verhandlungen zu führen. Somit ebne der Gemeinderat beiden Vertragsparteien den Weg, dem Gemeinderat einen fairen Vorschlag zu unterbreiten.

Er danke für die Aufmerksamkeit und bitte, nicht auf die Weisung 24 einzutreten und im Fall von Eintreten die Weisung abzulehnen.

Christoph Hirzel, SP, erklärt, dass die vorliegende Weisung das Resultat einer Verhandlung zwischen Stadtrat und einer der ersten grossen Investorengruppen in Wädenswil sei. Der Stadtrat sei damals vor der Herausforderung gestanden, trotz angespannten Finanzen ein relativ grosses Gebiet neu zu erschliessen. In dieser Situation sei das Angebot der Investoren, die Verbindungsstrasse voranzufinanzieren, sehr gelegen gekommen. Die Bauherrschaft habe damit nicht uneigennützig gehandelt. Wäre die Erstellung durch die Stadt erfolgt, hätte der Bau später realisiert werden müssen, mit entsprechenden negativen finanziellen Auswirkungen. Sicherlich schenke hier niemand jemandem etwas. Details folgen noch im Rahmen der Detailberatung.

Der Stadtrat habe sich gegenüber den Investoren verpflichtet, nach Bauabschluss den Kredit dem Gemeinderat vorzulegen. Der Stadtrat sei damit der Vereinbarung nachgekommen. Soweit so gut, aber ob alles so einfach sei?

Er glaube nicht. Für Wädenswil sei es wichtig, das Vertrauen von Investoren zu gewinnen und langfristig zu erhalten. Wie aber schaffe man Vertrauen? Indem man Versprechungen abgebe und diese auch einhalte. Ob der Stadtrat – insbesondere der damalige Vorsteher der Abteilung Planen und Bauen – in diesem Fall das Versprechen einhalte? Im wörtlichen Sinn ja, weil die Weisung dem Gemeinderat vorgelegt worden sei. Wie sehe es denn im eigentlichen Sinn aus; erwarten die Investoren nicht eine Beteiligung? Ob den Investoren bewusst gewesen sei, dass die Wahrscheinlichkeit bestehe, dass der Gemeinderat diese Vorlage ablehne? Er persönlich könne diese Frage nicht zu 100 % beantworten, aber man sehe auf jeden Fall, dass Vertrauen schaffen auf dem Papier (Wahlplakate) viel einfacher sei als in der Realität.

Die GRPK habe diese Punkte aufgebracht, aber der Stadtrat habe die Investoren nicht mehr kontaktieren wollen, um diese Zweifel aus dem Weg zu räumen. Im besten Fall wären die Investoren nach einer Nachverhandlung von ihren Forderungen zurückgetreten und die Sache wäre geklärt gewesen. Stattdessen übertrage der Stadtrat dem Gemeinderat nun den schwarzen Peter.

Er sei wie eine Minderheit der GRPK dafür, nicht auf diese Weisung einzutreten. Damit komme Wädenswil der vertraglichen Verpflichtung nach, die Weisung dem Gemeinderat vorzulegen. Der Stadtrat könne dann entscheiden, wie er weiter vorgehen wolle. Im besten Fall kontaktiere er die Investoren für eine definitive Klärung und arbeite gegebenenfalls eine neue Weisung aus oder er verzichte auf eine erneute Vorlage der Weisung an den Gemeinderat.

Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann fragt Christoph Hirzel an, ob er einen Rückweisungsantrag stelle.

Christoph Hirzel verneint dies. Er sei für nicht Eintreten auf die Weisung.

Reto Wullschleger, BFPW, gibt bekannt, dass es ihm um das Budget von Fr. 200'000.– gehe. Es hätte jedenfalls mindestens die vertraglich vereinbarte Summe von Fr. 1 Mio. erwähnt, erklärt und kommuniziert werden sollen. Alle haben mit Ausgaben von Fr. 200'000.– gerechnet, wenn es dann soweit sei. Er denke, das wäre dann auch diskussionslos über die Bühne gegangen.

Seine Meinung respektive sein Vorschlag in der GRPK sei gewesen, dass der Stadtrat das Gespräch mit der PKE suche und klar stelle, dass es so aussähe, dass die Fr. 1 Mio. keine Chancen haben werde und ob man sich nicht im Vorfeld auf die allen bekannten Fr. 200'000.– einigen könne. Dieser Versuch wäre es doch sicher Wert gewesen. Zumal hätte man so auch die Meinung der PKE gewusst, was für ihn heute sicher eine Entscheidungshilfe gewesen wäre.

In diesem Sinne und aus diesen Gründen appelliere er für nicht Eintreten auf die Weisung.

Christian J. Huber, Stadtrat Planen und Bauen, teilt mit, dass man die Situation kenne und er nicht mehr auf Details eingehen wolle. Vor allem sei ganz klar gewesen, dass dieses Strassenstück im kommunalen Verkehrsrichtplan als Sammelstrasse eingetragen sei. Damit sei die Gemeinde bzw. Stadt baupflichtig für diese Strasse. Lediglich der Zeitpunkt, wann dieses Strassenstück gebaut werde, sei nicht verpflichtend.

Aus zeitlichen Gründen sei dieser Vertrag zustande gekommen und es sei klar gewesen, dass der Stadtrat über diese Million nicht selber entscheiden könne. Darum sei es so deklariert worden, dass der Stadtrat diese dem Gemeinderat vorlege. Sie hätten dies vorab auch juristisch abgeklärt. Grundsätzlich nach Vertrag, sei der Gemeinderat in seiner Entscheidung frei.

Es sei noch zu erwähnen, dass die Abtretung dieser Strasse bereits erfolgt sei. Die Stadt sei als Eigentümer dieser Strasse im Grundbuch eingetragen. In der Weisung habe man es offen gelegt.

Er beantrage im Namen des Stadtrats, den Beitrag von einer Million zu bewilligen.

Abstimmung über Eintreten:

Der Rat stimmt mehrheitlich für das Eintreten auf die Weisung Nr. 24.

Detailberatung:

Christoph Hirzel, SP, gibt bekannt, dass man aus seiner Sicht bei der Diskussion dieser Weisung drei Aspekte beachten müsse. Erstens sei jede Gemeinde gesetzlich verpflichtet, die Erschliessung von Bauland sicherzustellen. Diese Strasse falle unter diesen Bereich.

Zweitens habe die Stadt mit den Investoren einen Vertrag ausgearbeitet, welcher vorsehe, das Geschäft nach dem Abschluss der Bauarbeiten dem Gemeinderat vorzulegen.

Und drittens hätten die Investoren dank der Vorfinanzierung dieser Strasse einen Zeitgewinn gemacht, welcher sich finanziell positiv ausgewirkt habe. Der 3. Punkt diene allerdings höchstens der moralischen Rechtfertigung irgendeiner Entscheidung. In erster Linie gelte es abzuklären, ob der Vertrag mit den Investoren das grundsätzliche Recht der Erschliessung ersetze. Dies scheine so der Fall zu sein.

Die Frage sei nun, ob die Vereinbarung eingehalten werde, wenn die Weisung vorgelegt werde, aber der Kredit nicht angenommen werde. Man könne wohl davon ausgehen, dass auch im Fall einer Ablehnung des Kredits die Vereinbarung formell eingehalten werde. Davon ausgehend, dass die Investoren damals gewusst haben, worauf sie sich einlassen, plädiere er für ein "Nein". Dies könne er auch für seine Fraktion bestätigen.

Peter Schuppli, FDP, fragt den Stadtrat, ob man das Gespräch mit der PKE gesucht habe, als man gemerkt habe, dass die Opposition gegen diese Million wachse. Wenn nein, was

die Überlegungen dazu gewesen seien. Und wenn ja, was dabei herausgekommen sei und ob man irgendein Signal von der anderen Seite erhalten habe.

Christian Huber, Stadtrat Planen und Bauen, antwortet, dass der Stadtrat in diesem Zusammenhang keinen Kontakt mit der PKE gehabt habe. Aus ihrer Sicht sei der Vertrag insofern klar. Sie hätten den Kostenbeitrag fest vereinbart, diese Strasse für eine Million zu übernehmen. Von daher hätten sie keinen Grund gesehen, warum die PKE sowie der Stadtrat auf diesen Vertrag zurückkommen sollten.

Schlussabstimmung:

Der Rat lehnt die Weisung 24 betreffend Beitrag an den Bau der Holzmoosrütistrasse grossmehrheitlich ab.

13.03

5. Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Januar 2008 betreffend Vergleich der Sozialhilfe mit anderen Städten; Beantwortung

Felicitas Taddei, Stadträtin Soziales, erklärt, dass die Abteilung Soziales versucht habe, einige Zahlen und Fakten zusammenzustellen, um dem Gemeinderat zu zeigen, wie die Stadt Wädenswil im Vergleich zu anderen Städten stehe.

Nach wie vor sei es ihr Ziel, dem Kennzahlenvergleich der Städteinitiative Sozialpolitik anzugehören, was uns und anderen Städten zugesichert worden sei. Im Prinzip sei man ab nächstem Jahr dabei. Die Abteilung Soziales wie auch die Städteinitiative stelle ihre Berichterstattung ab nächstem Jahr auf die BFS(Bundesamt für Statistik) Daten um. Damit dies noch genauer erfasst werden könne. Dies sei für alle Beteiligten ein bisschen ein technisches Abenteuer, sie denke aber, dass dies gelingen werde.

Grundsätzlich könne gesagt werden, dass die Stadt Wädenswil gesamtschweizerisch im Bezug auf Sozialhilfekosten im Mittelfeld stehe. Sicher sei es ihr Ziel, ganz unten auf den Vergleichstabellen zu sein, d.h. tiefe Fallzahlen und tiefe Kosten pro Sozialhilfebezüger auszuweisen und man werde versuchen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, diese Zahlen nach unten zu beeinflussen.

Ergänzend zu den Antworten im Postulat möchte sie noch Folgendes präzisieren: Wie man aus der Postulatsantwort wisse, betreffen über drei Viertel der Sozialhilfefälle Ein-Personen-Haushalte oder Alleinerziehende, welche in kleinen Wohnungen leben.

Die Zahl der Sozialhilfeabhängigen habe ja immer stark mit der Zahl der verfügbaren Wohnungen und dem Leerwohnungsbestand zu tun. Im Vergleich zu unseren Nachbargemeinden sei Wädenswil die einzige Gemeinde, welche über einen Leerwohnungsbestand von über 0.5 % bestehe. Alle unsere Nachbargemeinden hätten einen noch tieferen Leerwohnungsbestand, also praktisch keinen. Wichtiger sei aber die Tatsache, dass Wädenswil im

Vergleich zu Nachbargemeinden verhältnismässig über mehr günstigen Wohnraum verfüge. So sei es bei uns immer noch möglich, kleine Wohnungen unter Fr. 800.– zu finden und 3 ½ und 4 ½ Wohnungen um 1'000.– bis 1'200.– Franken. Dies in verschiedenen Quartieren in der Au und in Wädenswil. Wohnungen zu solchen Preisen seien in unseren Nachbargemeinden, ausser vereinzelt in Richterswil, praktisch nicht mehr zu mieten. Man könne sogar von einem Speckgürtel sprechen, der in Bezug auf teurere Wohnungen rund um Wädenswil existiere, seeaufwärts und seeabwärts. Einzig in Wädenswil sei es noch möglich, günstigen Wohnraum zu finden, wenn jemand im Bezirk bleiben wolle. Diese werden fast ausschliesslich von Personen mit niedrigem Einkommen oder mit Renten gemietet. Der Schritt zum Sozialamt sei dann meistens nicht mehr gross, wenn das Existenzminimum nicht erreicht werde oder Arbeitslosigkeit eintrete, teilweise gekoppelt an Alkohol-, Drogen-, oder psychische Probleme.

Diese Tatsache widerspreche nicht der Forderung der CVP Initiative, in der sie günstigeren Wohnraum für Familien und zahlbare Wohnungen für den Mittelstand fordere. Diese Wohnungen, welche die CVP-Fraktion meine, bewegen sich bereits in den nächst höheren Preissegmenten.

Aus den genannten und denen in der Postulatsantwort erwähnten Gründen möchte sie dem Gemeinderat im Namen des Stadtrats beantragen, das Postulat abzuschreiben.

Charlotte Baer, SVP, bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat und namentlich bei der Sozialvorsteherin für die – einmal mehr – sehr sorgfältige und ausführliche Beantwortung des Postulats. Insofern sei die SVP zufrieden. Sie haben Zahlen verlangt – jetzt haben sie diese schwarz auf weiss. Insofern könne das Postulat abgeschrieben werden.

Aber: Gediegen ausgedrückt sei die SVP wenig begeistert von der Aussagekraft dieser Zahlen. Sie beweisen in erster Linie nämlich vor allem eines: Die Entwicklung der Sozialhilfekosten in Wädenswil sei alarmierend. Dagegen müsse dringend vorgegangen werden. Sowohl in der Statistik der kumulativen Fallzahlen wie auch in der Entwicklung der Sozialhilfekosten führe Wädenswil praktisch jedes Jahr die denkwürdige Rangliste an. Sogar die links dominierte Stadt Zürich komme besser weg. Aber eben, dort gebe es Sozialinspektoren und neustens habe der Stadtrat noch mehr gefordert. Der Wirtschaftsaufschwung habe bei uns keine spürbare Entspannung gebracht, sondern bestenfalls eine Stabilisierung auf hohem Niveau. Und jetzt verdüstern sich die Prognosen im Sog der Finanzkrise bereits wieder, was sich auch im Budget 2010 für gesetzliche wirtschaftliche Hilfe niederschlage.

Die Postulatsantwort werfe einen Haufen neuer Fragen auf. Wieso bleiben so viele Leistungsbezüger gerade in Wädenswil in der Sozialhilfe hängen? Ob man mit dem breiten Angebot an Einsatz- und Überbrückungsprogrammen – in Anführungs- und Schlusszeichen – zu "attraktiv" sei? Ob es wie in der Medizin sei: Je mehr Ärzte, desto mehr Patienten, desto höher die Gesundheitskosten? Wieso seien die Sozialhilfekosten so hoch, wo doch mehrere Einrichtungen, wie Notunterkünfte im Hänsital oder die städtische Kinderkrippe, objektfinanziert seien? Wieso sei die Jugendarbeitslosigkeit bzw. die "Ausbildungslosigkeit", wohlverstanden in einer Bildungsstadt, so besorgniserregend? Werden vielleicht die Zumutbarkeitskriterien für die Annahme einer Tätigkeit zu hoch angesetzt? Ob die

Kontrollen zu lasch seien oder sogar ganz fehlen? Die Fakten seien für den Steuerzahler, welcher das Sozialsystem finanziere, ebenso wenig vertrauensfördernd, wie für die effektiv Bedürftigen und Behinderten, die unverschuldet auf fremde Hilfe angewiesen seien. Sie sage es nicht gern, aber nach der Lektüre der Postulatsantwort bringe die SVP-Fraktion den Eindruck nicht los, der Stadtrat wolle die bedenkliche Entwicklung der Sozialhilfezahlen als eine Art Grossstadtphänomen akzeptieren, verwalten und aussitzen. Die SVP habe wiederholt und in kurzen Abfolgen Kritik geübt und Massnahmen gefordert. Demgegenüber übe sich die Sozialabteilung in einer krampfhaften Verteidigungshaltung. Dieser Zustand sei nicht akzeptabel, weshalb sich die SVP – leider – gezwungen sehe, mittels eines weiteren Vorstosses nachzudoppeln und geeignete Kontrollmassnahmen zu fordern.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann** wird Aussprache gewünscht.

Christoph Hirzel, SP, teilt mit, dass die SP die Versachlichung der Sozialhilfe-Debatte begrüsse und Transparenz sei ein erster Schritt dazu. Auf Basis dieser Transparenz und auch Vergleiche mit anderen Städten anzustellen, mache absolut Sinn. Auch wenn dabei immer beachtet werden müsse, dass Rahmenbedingungen von Stadt zu Stadt recht verschieden seien.

Der Stadtrat habe nun verschiedene Informationen zusammengetragen und für uns aufbereitet. In diesem Sinn könne das Postulat als erledigt angesehen werden.

Was nun? Nebst dem, dass man sicherstellen müsse, dass die Sozialkosten gemanagt werden, fordere die SP, dass diese Indikatoren regelmässig ab nächstem Jahr in der Rechnung aufgeführt werden. So habe man über die NPM-Indikatoren einen guten Hinweis, wie sich dies entwickle. Dasselbe sollte auch in den Geschäftsbericht einfließen, natürlich mit sprechenden Kommentaren.

Er würde gerne noch einen weiteren Wunsch anbringen. Man habe hier eine stark vergangenheitsorientierte Sicht erhalten. Interessant wäre auch, wenn man Erfahrung habe, wie die Kennzahlen und Indikatoren funktionieren, man langsam anfangen könnte, Trends rechtzeitig zu erkennen und wie man mit entsprechenden Massnahmen Einfluss nehmen könnte.

Abstimmung über Abschreibung:

Der Rat stimmt ohne Gegenstimme für die Abschreibung des Postulats betreffend Vergleich der Sozialhilfe mit anderen Städten.

34.00

**6. Postulat von Thomas Largiadèr, SP-Gemeinderat, vom 1. Oktober 2009
betreffend Schaffung einer Umwelta Abteilung; Begründung**

Thomas Largiadèr, SP, erlaubt es sich aufzustehen, denn er finde es einfacher, wenn er die Leute beim Sprechen ansehen könne.

Wäre die Welt eine Bank, dann wäre diese schon lange gerettet worden. Diese Aussage sei nicht von ihm, sondern vom ehemaligen Weltbankökonom und treffe den Zustand relativ gut auf den Kopf. Vor einem Jahr habe der Bundesrat in einer kurzen Aktion zur Rettung einer Grossbank Milliarden zugesprochen. Wenn es ums Klima und Umweltschutz gehe, dann gehe dies doch relativ zäch. Zwar nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt.

Der Umweltschutz sei eines der wichtigsten Probleme, welches man in der heutigen Zeit und sicher auch in Zukunft habe. Dies zeige sich auch bei Themen auf nationalen und internationalen Traktandenlisten und auf dem Sorgenbarometer der Bevölkerung. Die Uno-Klimakonferenz von Kopenhagen sei vor der Tür und es seien alle gespannt, ob dieses Mal tatsächlich ein Ergebnis herauskomme. Nur dürfe man dabei nicht vergessen, dass der Klimaschutz nicht irgendwo in Kopenhagen, in Kyoto oder sonst in irgendeinem Protokoll stattfinde, sondern bei uns in Wädenswil vor der Tür. Das heisse, dass wir selber aufgerufen seien, etwas zu unternehmen. Wädenswil, wie auch die Schweiz und andere Länder seien besonders betroffen von der Klimaerwärmung. Als Beispiel dafür sei auch dieses Jahr Vrenelisgärtli im Glärnisch massiv ohne Schnee gewesen. Die Klimaerwärmung finde statt, was unbestritten sei. Die Frage sei nur noch, ob es 2 oder 3 Grad in den nächsten paar Jahrzehnten sei.

Es gehe aber nicht nur um Klimaerwärmung, sondern um alle anderen Themen im Bereich Umweltproblematik. Diesen Katalog müsse er nicht auflisten. Zum Beispiel die Bodenbelastung, mit allen hormonaktiven Substanzen, welche man täglich ins Gewässer herauslasse. Man habe keine Ahnung, was man da täglich mache, und es werde auch nicht immer alles von der Kläranlage herausgefiltert.

Mit anderen Worten, die ganze Umweltproblematik sei sehr komplex. Wenn man etwas unternehmen wolle, bei einem komplexen Thema, dann benötige es Koordination und Fachkräfte, welche sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. In jedem Betrieb sei es so, dass wenn man etwas effizient gestalten wolle, dann müssen gewisse Ressourcen gebündelt werden, damit man dieser Problematik gerecht werde.

Sie fordern darum, dass sich auch der Stadtrat von Wädenswil mit dieser Umweltproblematik auseinandersetze. In diesem Sinn, dass er sich überlege, welches System oder was für eine Organisation in Wädenswil sinnvoll wäre um effiziente Massnahmen zu ergreifen. Zum Beispiel eine Umwelta Abteilung, welche schon in anderen Gemeinden im Kanton existiere. Solch ein wichtiges Thema, hätte eigentlich verdient, dass auch Wädenswil eine Umwelta Abteilung hätte. Es müsse aber keine Umwelta Abteilung sein, sondern es könne auch eine andere Organisationsstruktur sein, wie zum Beispiel eine Fachstelle als Anlaufstelle für interne und externe Leute.

Er behaupte nicht, dass Wädenswil im Bereich Umwelt nichts unternehme. Da seien zum Beispiel die Energie-Stadt zu erwähnen oder die Auto-Flotten von Wädenswil, welche mit Kompogas herumfahren. Die Frage sei einfach, ob dies genüge in Anbetracht der Probleme, welche heutzutage bestehen. Sie seien der Meinung, dass sich der Stadtrat zumindest überlegen und prüfen soll, was auch der Sinn eines Postulats sei, ob beispielsweise eine Umweltschutzabteilung oder eine Fachstelle sinnvoll sei. Wenn der Stadtrat bei der Überprüfung zu einem anderen Schluss komme, dann könne man darüber wieder sprechen. Aber er soll dies zumindest überprüfen. Er denke, dass man dies uns, unseren Nachkommen und der Umwelt schuldig sei. Er bitte darum den Gemeinderat ihr Postulat an den Stadtrat zu überweisen oder den Stadtrat dieses entgegenzunehmen.

Christian J. Huber, Stadtrat Planen und Bauen, führt aus, dass Umweltschutz ein Thema sei, welches über die Parteigrenze hinweg unbestritten sei. Bestritten sei mehr wie es umgesetzt werde, wie viel Mittel dafür investiert werden und vor allem in welcher Zeitspanne. Über dem globalen Teil, welcher vorher genannt worden sei, könne gestritten werden und es gebe dazu verschiedene Meinungen. Er denke, dass wir nicht global handeln, sondern kommunal. Und kommunal soll man sich bei diesem Thema auf konkrete Umsetzungen und Massnahmen konzentrieren. Das Thema in unserer Stadt umfasse viele kommunale Aufgabenbereiche. Es sei schon sehr viel gemacht worden, wie auch schon von Thomas Largiadèr erwähnt. Nebst den Gasfahrzeugen, in der ARA eine Wärmekraftkopplung mit einem Wärmeverbund bis zu den Rasenmähern, welche heute mit Bio-Benzin funktionieren.

Die Umsetzung dieser Massnahmen müsse in jeder Abteilung der Stadtverwaltung passieren. Im Zusammenhang mit dem Energiestadt-Label habe der Stadtrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, da gerade der Energieteil ein wichtiger Teil im Umweltschutz sei. Diese sei beauftragt worden, dieses Label zu erreichen. Der Stadtrat hoffe, auf Ende November/Anfang Dezember dem Gemeinderat genauere Informationen bekannt geben zu können. Diese Arbeitsgruppe werde auch für vermehrte Kommunikation zu diesem Thema in der Öffentlichkeit verantwortlich sein.

Grundsätzlich sei heute bereits im Organisationsstatut geregelt, dass die Abteilung Planen und Bauen die Koordinationsstelle in Sachen Umweltschutz sei. Es gebe Gemeinden, was unbestritten sei, welche das Thema Umwelt an einer Abteilung zugeordnet haben und diese Bezeichnung pro memoria führen. Der Stadtrat sei davon überzeugt, dass der Umweltschutz in der konkreten Umsetzung ein permanenter Auftrag für alle Abteilungen sei. Daher finde der Stadtrat eine neue Abteilung oder Fachstelle als nicht nötig. Aus diesen Gründen beantrage der Stadtrat dieses Postulat nicht zu überweisen.

Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann teilt mit, dass mit dem Ablehnungsantrag des Stadtrats die Aussprache eröffnet sei.

Heinz Wiher, GP, teilt mit, dass es klar sei, dass die Grünen nicht gegen die Schaffung einer Umweltschutzabteilung in Wädenswil seien. Aber genau dieses Anliegen hätten sie bereits im Verlauf der Überarbeitung der Gemeindeordnung eingebracht, welche jetzt dann in Kraft

trete. Sie seien erstaunt, dass nur ein Jahr später, nach dem dieses Anliegen nicht durchgedrungen sei in der Debatte zur Gemeindeordnung, nun schon wieder auf dem Tisch liege.

Er denke, dass man in Wädenswil gut beraten sei, wenn man das Energielabel zielstrebig an die Hand nehme und in dieser Legislatur Gewicht ablegen könne. Man sei dann aber bei weitem nicht am Ziel, sondern müsse in diesem Bereich weiter arbeiten. Langfristig sehe auch er, dass man in der Abteilung Planen und Bauen eine Türe schaffen sollte, welche mit Umweltabteilung angeschrieben sei. In diesem Sinn sei er, trotz seiner Skepsis dieses Thema bereits wieder nach einem Jahr auf das politische Parkett zu bringen, für die Überweisung dieses Postulats, damit der Stadtrat ermutigt werde, an dieser Sache dran zu bleiben.

Marcel Bättig, SVP, bemerkt, dass es richtig sei, dass Umweltschutz wichtig und zentral sei. Der Umkehrschluss, dass es deswegen eine eigene Umweltabteilung in Wädenswil brauche, sei aber falsch und entbehre einer Grundlage.

Die Stadt Wädenswil wolle bekanntlich das Energiestadt-Label erreichen und sei dank bisher geleisteter Arbeit guter Dinge dazu. Das Energiestadt-Label sei ein Umwelt-Zertifikat von hoher Qualität und dokumentiere die Anstrengungen der Stadt im nachhaltigen Umgang im Bereich Energie, einem Hauptteil des Umweltschutzes. Um dies zu erreichen, brauche es einen breit abgestützten Umweltgedanken und dessen Umsetzung, denn das Label bekomme eine Gemeinde nur, wenn sie umweltverantwortlich handle und agiere. Es brauche somit keine zusätzliche Abteilung im Bereich Umweltschutz. Besser sei ein breit abgestützter Gedanke, wie er bereits in Wädenswil gelebt werde.

In diesem Sinne sei es Aufgabe und Verantwortung der Stadt und jeder Verwaltungsabteilung den Umweltgedanken umzusetzen. Konkret sei jeder Abteilungsleiter selber zuständig, umweltverantwortlich zu handeln und dies in seiner Abteilung um- und durchzusetzen. Die geforderten Fachstellen seien somit schon Realität, indem die Abteilungsleiter diese Verantwortung bewusst und verantwortungsvoll wahrnehmen.

Auch das Organisationsstatut der Stadt Wädenswil halte fest, dass die Abteilung Planen und Bauen die Koordination in Sachen Umweltschutz übernehmen müsse. Dies bedeute, dass schon heute die Abteilung Planen und Bauen eine Führungsfunktion in Sachen Umweltschutz habe. Werde nach Ansicht des Gemeinderates zuwenig getan, könne man mit den NPM-Zielen und den Leistungsaufträgen der Abteilung direkt Einfluss nehmen.

Eine zusätzliche Abteilung bedeute damit lediglich zusätzliche Stellen und Ressourcen, was Geld koste. Das wäre eine unnötige Verzettelung, mit wenig Zusatz-Erfolg. Ein Quervergleich unter den Gemeinden zeige denn auch, dass die wenigsten eine eigene Umweltabteilung haben. Die Gründe dazu liegen auf der Hand.

Der Verwaltungsapparat brauche keine zusätzliche Aufblähung, sondern schlanke Strukturen mit klaren Verantwortungen und Zuständigkeiten. Wädenswil brauche sich beim Thema Umweltschutz nicht zu verstecken. Mit der Weisung 31 betreffend Förderung von Sonnenenergie und Gebäudeisolationen mit Verzicht auf Anschlussgebühren, Weisung 34

betreffend Wärmeverbund Frohmatt mit Holzschnitzelheizung seien aktuelle Beispiele von vielen bereits umgesetzten Massnahmen.

Er verstehe die Situation des Redners, der sich im Stadtrats-Wahlkampf befinde. Diese Forderung nach einer eigenen Umweltabteilung sei hier sicher der falsche Ansatz.

Thomas Largiadèr, SP, findet es faszinierend, dass wenn es um Umweltschutz gehe, alle dafür und wenn es konkret werde, dann plötzlich alle dagegen seien. Das Thema Geld sei gefallen, was immer ein schönes Argument sei. Wenn man im Umweltschutz koordiniere, dann könne Geld gespart werden. Dies kurzfristig, da man die Ressourcen nicht verzettelt und sowieso langfristig, denn alles was in den Umweltschutz investiert werde, erhalte man wieder zurück. Das Geld könne in diesem Punkt kein Argument sein.

Es sei richtig, dass die Stadt Wädenswil einiges für die Energie unternehme. Nur der Energiepunkt sei einer von tausend Punkten im Bereich Umweltschutz. Wenn man nur auf dem Energiepunkt herumreite, dann gelange man auch nicht zum Ziel, denn es gehe um einiges mehr als nur um Energie.

Der dritte Punkt sei, dass dieses Postulat eine Prüfung fordere und nicht schon eine Umweltabteilung. Sie wollen nur, dass der Stadtrat überprüfe und wenn es sich nach der Überprüfung herausstelle, dass keine Umweltabteilung nötig sei, dann soll der Stadtrat die Argumente darlegen. Er sage jetzt, dass in Wädenswil keine Koordination betreffend Umwelthanliegen stattfinde. Der Stadtrat soll prüfen, ob er zu einer besseren Koordination gelange.

Eine Umweltabteilung sei garantiert kein Thema bei der GO-Revision gewesen. Da müsse er Heinz Wiher bitten, in den Protokollen der entsprechenden Kommission nachzulesen, denn er sei in dieser Kommission dabei gewesen.

Abstimmung über Überweisung:

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats betreffend Schaffung einer Umweltabteilung mehrheitlich ab.

34.03/34.06

7. Interpellation von Denise Engel, SP-Gemeinderätin, vom 14. Mai 2009 betreffend Abfallentsorgung; Beantwortung

Joseph Dorfschmid, Stadtrat Werke, gibt bekannt, dass die Abteilung Werke die Fragen dieser Interpellation, welche präzise gestellt worden seien, versucht habe präzise zu beantworten. Er sehe daher keinen Bedarf dies hier noch mündlich zu erläutern. In diesem Sinn frage er die Interpellantin an, ob sie mit der Beantwortung zu Frieden sei.

Denise Engel, SP, bedankt sich beim Stadtrat für die präzisen Antworten auf ihre konkreten Fragen. Dass man wegen weniger Sünder einen höheren Aufwand betreiben müsse, als man mit Bussgelder wieder einbringe, gebe zu denken.

Noch schlimmer finde sie allerdings, dass der Tages-Anzeiger die Information, welche Sammelstellen mit Video überwacht werden und wie viele eben nicht, auch noch abgedruckt habe. Etwas mehr Fingerspitzengefühl hätte sie schon erwartet. Sie werde am Thema Abfallentsorgung dran bleiben, nicht zuletzt auch, um den Anwohnern ihre Nachtruhe zu gönnen.

Auf Anfrage **von Gemeinderatspräsident Thomas Hartmann** wird keine Aussprache gewünscht.

Die Interpellation betreffend Abfallentsorgung wird als erledigt abgeschrieben.

28.03

8. Interpellation von Heinz Wiher, GP-Gemeinderat, vom 10. Juli 2009 betreffend Verkauf Grundstück im Steinacher; Begründung

Heinz Wiher, GP, führt aus, dass in den letzten Jahren die Wohnbautätigkeit in Wädenswil sehr intensiv gewesen sei. Im Jahr 2007 seien 120 Wohnungen neu erstellt worden, im Jahr 2008 sogar rekordverdächtige 249 Wohnungen. Auffallend an diesen Neuwohnungen sei, dass sie fast alle im hohen bis sehr hohen Preissegment figurieren. So werde es in Wädenswil für Leute mit einem mittleren Einkommen, speziell für Familien, zunehmend schwierig, geeigneten Wohnraum zu finden. Stellvertretend für diese Entwicklung könne das Projekt im Giessen der Peach Property Group AG erwähnt werden: Hier verschwinde günstiger Wohnraum für immer und es werden Luxuswohnungen mit Wellness-Bereichen im sehr hohen Preissegment geschaffen, welche für Normalverdiener unerschwinglich seien. Die Grünen seien klar der Meinung, dass eine Stadt wie Wädenswil dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen könne, sondern sich aktiv für den Bau von preisgünstigen Wohnungen engagieren müsse, zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften. Diese unerfreuliche Entwicklung scheine auch dem Stadtrat bewusst zu sein, denn er habe kürzlich auf eine Interpellation betreffend günstigem Wohnungsbau erwähnt, dass es heute zunehmend schwierig sei, in Wädenswil oder in der Au günstige Mietwohnungen zu finden. Der Stadtrat betone an dieser Stelle auch seine Offenheit zur Zusammenarbeit mit Genossenschaften oder ähnlich ausgerichteten Gesellschaften zur Schaffung von preiswertem Wohnraum. Die Grünen messen den Stadtrat aber nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten und diese werfen Fragen auf, welche mit dieser Interpellation beantwortet werden sollen.

Die Grünen haben in Erfahrung gebracht, dass die Immobiliengesellschaft "Pro Wädenswil" ein grosses Grundstück im Steinacher an die Hangenmoos AG verkauft habe. Weitere Recherchen der Grünen Wädenswil haben ergeben, dass sich auch eine Wohnbaugenossenschaft um dieses Grundstück beworben habe. Im Geschäftsbericht 2008 äussere sich der Stadtrat zu diesem Landverkauf wie folgt, er zitiere: „Die "Pro Wädenswil"

favorisiere eine einheimische Käuferschaft, die bereit sei, Mietwohnungen zu erstellen, die für Familien und für die ältere Wohnbevölkerung geeignet seien“, Ende Zitat.

In diesem Zusammenhang bitte er den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen: Welchen aktuellen Leistungsausweis die Hangenmoos AG in Sachen preiswertem Wohnungsbau und mit Bauten im Minergiestandard habe? Welche Bedingungen zur Sicherung von günstigem und ökologischem Wohnraum mit dem Verkauf verknüpft worden seien? Zu welchem Preis die Stadt das Land verkauft habe? Welche Gründe zur Vergabe an die Hangenmoos AG geführt habe?

Bei diesem Verkauf habe er persönlich grosse Bedenken bezüglich der Doppelrolle des Stadtrates Paul Rota: Er sei sowohl Vorstandsmitglied des Verkäufers “Pro Wädenswil“ wie auch im Verwaltungsrat des Käufers Hangenmoos AG. Diese Doppelrolle erscheine ihm äusserst delikant. Er sei gespannt auf die Einschätzung des Stadtrates dazu.

Dieses Verhalten passe auch schlecht zu der von der CVP vor zwei Monaten lancierten Volksinitiative für die Realisierung von günstigem Wohnraum für Familien. Der Stadtrat werde damit aufgefordert Steuergelder für Investitionsbeiträge an Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Investoren für die Sanierung und Erstellung von günstigem und familienfreundlichem Wohnraum auszurichten. Auch er habe diese Initiative unterzeichnet, weil er klar der Meinung sei, das diesbezügliche Engagement des Stadtrates im Moment ungenügend sei. Das CVP-Begehren und das momentane Verhalten des Stadtrates, wo der CVP-Finanzvorstand eine Schlüsselrolle innehatte, stehen in einem krassen Kontrast. Da habe die CVP noch einen grossen Klärungsbedarf, um nach aussen glaubhaft zu wirken.

Die Interpellation betreffend Verkauf Grundstück im Steinacher geht zur Beantwortung an den Stadtrat

13.12

9. Interpellation von Thomas Largiadèr, SP-Gemeinderat vom 21. September 2009 betreffend Umsetzung der Sozialziele gemäss Bundes- und Kantonsverfassung; Begründung

Thomas Largiadèr, SP, stellt fest, dass dies ein Thema in der GO-Revision gewesen sei. Die Sozialziele hätten sie gerne in der GO niedergeschrieben gehabt, was aber abgelehnt worden sei, mit der Begründung, dass man einen Vorstoss einreichen könne.

Die Bundesverfassung gebe in Art. 41 gewisse Sozialziele vor, wofür sich Bund und Kanton einsetzen müssen. Und Art. 19 in der Kantonsverfassung sage, dass sich auch Gemeinden mit zusätzlichen Sozialzielen sowohl von der Bundesverfassung als auch von der Kantonsverfassung einzusetzen haben. Er möchte daher vom Stadtrat Auskunft über die Sozialziele zu den einzelnen Punkten, welche in der Bundes- sowohl in der Kantonsverfassung niedergeschrieben seien. Insbesondere der drei Punkte, welche er zusätzlich aufgeschrieben habe. Dies betreffe die Wohnungssituation, Arbeitsplätze von Jugendlichen und Personen, welche Arbeit suchen sowie Voraussetzungen für die Betreuung von Kindern innerhalb und

ausserhalb der Familie. Er danke dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Fragen und sei nicht unglücklich, wenn diese rechtzeitig erfolge.

Die Interpellation betreffend Umsetzung der Sozialziele gemäss Bundes- und Kantonsverfassung geht zur Beantwortung an den Stadtrat

06.03.01

10. Einbürgerungen:

Auf Antrag des Stadtrats und der Bürgerrechtskommission wird folgenden Personen das Bürgerrecht der Stadt Wädenswil, vorbehältlich der Genehmigung durch Bund und Kanton, erteilt:

BUJUPI Selvije, geb. 21. November 1961 in Orllat (Kosovo), verheiratet (mit Vaid Arifi Bujupi, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Wädenswil, Seestrasse 183

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1500.–
Referentin im Gemeinderat	Berti Stocker

BYTYQI Ilir, geb. 14. April 1981 in Prizren (Kosovo), verheiratet (mit Violeta, geb. Cena, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen, ist bereits Schweizerin), kosovarischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Zugerstrasse 123

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1500.–
Referent im Gemeinderat	Thomas Largiadèr

CUI Dejian, geb. 24. September 1971 in Jianhu (China), verheiratet (mit Zhao Juan, in dieses Einbürgerungsgesuch nicht miteinbezogen) und seiner Tochter **Youyou**, geb. 16. März 2009 in Horgen ZH, chinesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Eintrachtstrasse 18

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1500.–
Referent im Gemeinderat	Thomas Largiadèr

PARAMESWARAN geb. Sivagnanam, Tharsiny, geb. 23. April 1978 in Jaffna (Sri Lanka), verheiratet (mit Parameswaran Paramasamy, in dieses Einbürgerungsgesuch nicht miteinbezogen, ist bereits Schweizer), sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Im Maiacher 5

Einbürgerungsgebühr	Fr. 1500.—
Referentin im Gemeinderat	Berti Stocker

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Thomas Hartmann keine Einwände erhoben.

Andrea Eberhöfer, Ratssekretärin-Stellvertreterin